

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hans Jürgen Noss, Wolfgang Schwarz und Michael Hüttner (SPD)
– Drucksache 17/9439 –

Verfassungsschutzbericht 2018

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/9439** – vom 11. Juni 2019 hat folgenden Wortlaut:

In der vergangenen Woche wurde der aktuelle Verfassungsschutzbericht für das Berichtsjahr 2018 vorgestellt. Der Verfassungsschutz hat als „Frühwarnsystem“ unseres demokratischen Rechtsstaats die Aufgabe, verfassungsfeindliche Bestrebungen gleich welcher extremistischen Zielrichtung zu beobachten. In seinem jährlich erscheinenden Bericht werden die wesentlichen Entwicklungen des jeweils vergangenen Jahres zur Information der Öffentlichkeit in konzentrierter Form dargestellt.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung das Lagebild hinsichtlich extremistischer Bestrebungen in Rheinland-Pfalz insgesamt ein?
2. Gibt es konkrete neue Entwicklungen, etwa in Strategie und Vorgehen von Extremistinnen und Extremisten, die auch phänomenübergreifend zu beobachten sind?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung im Phänomenbereich des religiös motivierten bzw. begründeten Extremismus im Berichtszeitraum?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung im Phänomenbereich des politisch motivierten bzw. begründeten Extremismus im Berichtszeitraum?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. Juni 2019 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Rheinland-Pfalz ist von allen Formen des Extremismus und sonstigen verfassungsschutzrelevanten Bestrebungen, die sich auf die Innere Sicherheit auswirken, mitbetroffen. Im Ländervergleich nimmt Rheinland-Pfalz in der Gesamtschau dabei seit mehreren Jahren konstant einen Platz im unteren Drittel einer Belastungsrankliste ein.

Diese vergleichsweise anhaltend geringere Belastung bedeutet jedoch keine Entwarnung. So ist für das Jahr 2018 ein Anstieg der Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität und insbesondere der darin enthaltenen Gewaltdelikte in den Bereichen Rechts- und Linksextremismus zu verzeichnen. Auch stieg die Zahl der angesichts der jüngeren deutschen Geschichte besonders verwerflichen antisemitisch motivierten Straftaten.

Zugleich sind Anstiege des Personenpotenzials des sogenannten Reichsbürgerspektrums und im Bereich Islamismus festzustellen. Die übrigen extremistischen Personenpotenziale blieben hingegen weitgehend konstant.

Zu Frage 2:

Zu den aktuellen, phänomenübergreifenden Herausforderungen zählt die Gefahr, die von selbstradikalisierten oder von dritter Seite indoktrinierten, extrem kaltblütig vorgehenden terroristischen Einzeltätern oder Kleingruppen mit islamistischem oder rechts-extremistischem Hintergrund ausgeht.

Ein weiteres zentrales sicherheitspolitisches Problem sieht die Landesregierung in den kontinuierlich intensivierten Aktivitäten von Terroristen, Extremisten und fremden Nachrichtendiensten in der digitalen Welt. Die über soziale Medien betriebene menschenverachtende Hetze und die Versuche, Meinungsbildungsprozesse zu manipulieren, haben eine erhebliche Dimension angenommen. Selbiges gilt für die virtuelle Vernetzung von Extremisten, die Mobilisierung und die Nachwuchswerbung.

Als dritte phänomenübergreifende Herausforderung bewertet die Landesregierung die vermehrten Versuche von Links- und vor allem Rechtsextremisten Anschluss an die Mitte der Gesellschaft zu gewinnen, um ideologische Tabus aufzuweichen und den innergesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen. Beispielhaft sind die Versuche von Rechtsextremisten im Zuge der Demonstrationen in Kandel im Jahr 2018.

b. w.

Eine weiteres Problem ergibt sich aus dem in Teilen des extremistischen Spektrums wahrzunehmenden wachsenden Bedeutungsverlust fester Strukturen und Organisationsformen. Demgegenüber vergrößert sich das Spektrum informeller, aktionsorientierter Kreise und das der virtuellen Erscheinungsformen. Diversität, Spontanität und nicht zuletzt schwerer zu lokalisierende Radikalisierungstendenzen fordern die Sicherheitsbehörden.

Zu Frage 3:

Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus hält unvermindert an; die abstrakte Terrorgefahr bleibt hoch. Insbesondere der Typus des sich selbst radikalierenden Einzeltäters trat in Europa in jüngerer Zeit verstärkt in Erscheinung. Die Sicherheitsbehörden stehen regelmäßig vor dem Problem, dass solche Täter besonders schwer auszumachen sind.

Zudem stellen Rückkehrer und Rückkehrerinnen aus Kampfgebieten des „Islamischen Staates“ Sicherheitsbehörden und Justiz gleichermaßen vor große Herausforderungen. Weltanschauliche Radikalisierung und Kampferfahrungen ergeben zusammen eine hochgefährliche Kombination.

Nicht zuletzt hält der Zulauf zur Salafistenszene im Bundesgebiet weiter an. Diese besonders rigide Form des Islamismus trägt dazu bei, den geistigen Nährboden für den jihadistischen/kämpferischen Terrorismus zu schaffen.

Zu Frage 4:

Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus ist und bleibt eine der zentralen Herausforderungen für den Staat und die Gesellschaft. Kurzfristige Auswirkungen auf die Sicherheitslage gehen in erster Linie von gewalt- und aktionsorientierten Rechtsextremisten aus. Es besteht die permanente Gefahr von Radikalisierungsprozessen, die in den sozialen Medien und in der Realwelt ablaufen und bis hin zum Entstehen terroristischer Strukturen führen können. Früherkennung ist daher ein entscheidender Faktor.

Eine potenziell langfristige Gefahr sieht die Landesregierung in einer schleichenden Erosion der Abgrenzung zwischen dem rechtsextremistischen Lager und Teilen des bürgerlich-demokratischen Spektrums. Rechtsextremisten zeigen sich verstärkt bestrebt, Anschluss an die gesellschaftliche Mitte zu finden.

„Reichsbürger“-Spektrum

„Reichsbürger“-Aktivitäten richten sich weiterhin mit Schwerpunkt gegen die öffentliche Verwaltung und gegen die Justiz. Dabei hat sich die bereits 2017 gewonnene Erkenntnis eines zunehmend aggressiveren Auftretens in Schriftform und durch persönliche Vorsprachen weiter verdichtet.

Diesen Provokationen begegnet das Land mit aller Entschiedenheit. Rechtsverstöße werden konsequent geahndet und die Bediensteten der Verwaltung auf die Aktionen von „Reichsbürgern“ vorbereitet. In einer Reihe von Fällen ist es bereits gelungen, den Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse und den Einzug von Schusswaffen zu erwirken.

Linksextremismus

Die in Teilen der linksextremistischen Szene kontinuierlich gesunkene Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegenüber Vertretern des Staates oder tatsächlichen bzw. vermeintlichen Rechtsextremisten ist besorgniserregend.

Die Mobilisierungsfähigkeit der linksextremistischen gewaltorientierten Szene in Rheinland-Pfalz bewegt sich anhaltend auf einem eher niedrigen Niveau und erfolgt hauptsächlich anlassbezogen und reaktiv. So beteiligten sich Linksextremisten auch 2018 in breiten, von zivilgesellschaftlichen Gruppen getragenen Bündnissen und versuchten diese zu beeinflussen, wie sich in Ansätzen bei Protestaktionen in Kandel zeigte. Mehrfach wurden sie dabei durch gewaltbereite Szeneangehörige aus angrenzenden Bundesländern unterstützt.

Nicht islamistische extremistische Bestrebungen von Ausländern

Der nicht islamistische Ausländerextremismus in Rheinland-Pfalz wird weiterhin durch eine Vielzahl von Organisationen unterschiedlichster Ideologie, Struktur und Größe geprägt, von denen überwiegend linksextremistische oder ethnisch motivierte Autonomiebestrebungen ausgehen.

Gemessen an der Größe ihrer Anhängerschaft und den Aktivitäten auf deutschem Boden ist die „Arbeiterpartei Kurdistans“ – PKK im Bereich des nicht islamistischen Ausländerextremismus der bedeutendste Faktor geblieben. Der in der Türkei und den angrenzenden Regionen schwelende Dauerkonflikt wirkt sich auch auf die Sicherheitslage in Deutschland aus. Unter hier lebenden Kurden und nationalistischen Türken ist eine hochgradige Emotionalisierung wahrnehmbar. Die Gefahr einer sich zuspitzenden Konfrontation bleibt bestehen.

Roger Lewentz
Staatsminister